

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kölner Rat

An den Vorsitzenden des  
Ausschusses Soziales und Senioren  
Herrn Michael Paetzold

Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 12.12.2014

**AN/1808/2014**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Soziales und Senioren	15.12.2014

**Grundstücke für Flüchtlingsunterkünfte**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie folgenden Zusatzantrag zur Beschlussvorlage 2899/2014 „Errichtung von Systembauten und Beauftragung von Machbarkeitsstudien für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung“ in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 15.12.2014 aufzunehmen.

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig die Bereitstellung der folgenden Grundstücke, die sich baurechtlich für Wohnungsbau eignen, zwecks Errichtung von Wohnhäusern in konventioneller Bauweise zur langfristigen Unterbringung von Flüchtlingen bzw. ggf. auch für die Errichtung von Wohnhäusern in Systembauweise für eine temporäre Nutzung zu prüfen:

- a. Das unbebaute städtische Grundstück in der Piusstraße im Stadtbezirk Lindenthal;
- b. das sich im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben befindliche Grundstück Gustav-Heinemann-Ufer 114 im Stadtbezirk Rodenkirchen.

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, kurzfristig zu prüfen, ob o.a. Grundstücke von der GAG Immobilien AG zur Errichtung von Wohnhäusern für Flüchtlinge bebaut werden können sowie dem Ausschuss darzustellen, welche städtischen Grundstücke für eine konventioneller Bauweise zur langfristigen Unterbringung von Flüchtlingen der GAG kurzfristig angeboten werden können.

**Begründung:**

Angesichts des weiter deutlich ansteigenden Zugangs von Flüchtlingen ist eine kurzfristige Bereitstellung weiterer Standorte für Flüchtlingsunterkünfte dringend geboten. Die akute Notlage ist aufgrund der jüngsten Mitteilungen der Verwaltung bekannt.

Die Bereitschaft der GAG, gemeinsam mit der Stadt nach konstruktiven Lösungen zu suchen, um die Stadtgesellschaft bei der Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung zu unterstützen, sollte die Verwaltung weiterhin annehmen und forcieren.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Jörg Frank  
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer